

TOP 3.4.7 Tagung „BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung“

Die Frage wie neue Formen der BürgerInnenbeteiligung gerecht organisiert werden können wurde am 8. April 2013 im BIZ im Rahmen der Veranstaltung „BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung“ kontrovers diskutiert. Die Teilnahme von mehr als 200 Personen aus den Bereichen Gemeinde, Verwaltung, Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, NGOs, etc. zeigte, wie brisant das Thema ist. Zentrales Anliegen war es im Rahmen der Fachtagung, wissenschaftlich und praxisnah, Beteiligungsprozesse in Hinblick auf die Sozialstruktur der Teilnehmenden zu untersuchen und daraus resultierende Verteilungswirkungen zu analysieren.

Der erste Teil der Tagung war mit zwei Vorträgen der wissenschaftlichen Aufbereitung des Themas gewidmet. Politische Beteiligung verändert sich, Parteimitgliedschaften und die Wahlbeteiligung gehen kontinuierlich zurück, gleichzeitig lässt sich die Zunahme neuer Beteiligungsinstrumente (deliberative Verfahren) beobachten. Die Teilnahme an deliberativen Beteiligungsverfahren ist wesentlich von Bildung und Einkommen beeinflusst. Daraus ergibt sich ein schwieriges Spannungsfeld in dem besonders auf Zugangsgerechtigkeit für alle geachtet werden muss, um elitäre Beteiligungsstrukturen zu vermeiden. Sozial Benachteiligte verfügen ebenfalls über Netzwerkstrukturen, die bis dato aber meist unsichtbar bleiben, da der bürgerliche Engagementbegriff diese nicht erfasst. Die neue Partizipationsdemokratie öffnet die Schere zwischen unten und oben weiter anstatt soziale Ungleichheit einzudämmen.

Der zweite Teil der Vorträge beschäftigte sich mit der konkreten Praxis in der Stadt Wien und widmete sich der Reflexion von Beteiligungsprogrammen vor Ort. Nach einem Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Beteiligung in Wien wurden Programme aus der Praxis analysiert. Die Lokale Agenda 21 Plus ist in Wien mittlerweile als Verein verankert und beliebter Träger für Beteiligungsprozesse. Häufig werden diese jedoch nur von Besserverdienenden und höher Gebildeten genutzt. Auch verbale Ausdrucksstärke, Kenntnisse über Politik und Verwaltung und freie Zeiteinteilung beeinflussen die Beteiligungswahrscheinlichkeit positiv. Dagegen versucht die Gebietsbetreuung/Stadterneuerung gezielt auf sogenannte schwer erreichbare Gruppen zu zugehen. Schwer Erreichbare haben wenig Zeit, Geld, Bildung und Kontakte als persönliche Ressourcen. Gebietsbetreuungen existieren schon lange, sie sind lokal verwurzelt und anerkannt, sie schaffen so Kommunikationsräume in denen Konflikte bearbeitet und Entscheidungen ausgehandelt werden können.

Der dritte Block der Referate widmete sich Formen der Beteiligung und des politischen Engagements die Bottom-Up organisiert und im Bereich der Zivilgesellschaft angesiedelt sind. NGOs wurden am Beispiel ATTAC analysiert. Wichtige Stütze der täglichen Arbeit ist das ehrenamtliche Engagement. Es beteiligen sich mehr Männer als Frauen. Die AktivistInnen aus den Städten kommen meist aus dem universitären Umfeld und sind tendenziell jünger als in den ländlichen Gebieten. Sehr selten engagieren sich Arbeitslose, MigrantInnen oder schlechtverdienende ArbeitnehmerInnen. Gezielte Strategien um ausgegrenzte Gruppen anzusprechen gibt es nicht, dies wird eher über Kooperationsprojekte und die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit versucht. Zentrales Anliegen ist ökonomische Alphabetisierung und Bildungsarbeit, da Wissen Voraussetzung von Beteiligung ist. Eine primäre Forderung ist die Demokratisierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen.

Das letzte Referat hatte BürgerInneninitiativen zum Thema. Oftmals artikulieren sich über diesen Weg jene Bevölkerungsgruppen, die mit ausreichend Ressourcen ausgestattet sind. Das Engagement und die Themen sind meist begrenzt und beziehen sich auf das lokale Lebensumfeld. Die kommunalpolitische

Relevanz von BürgerInneninitiativen ist nicht zu unterschätzen, sie bewegen sich zwischen Macht, Instrumentalisierung, Politik und Verwaltung. Herausforderungen einer zukünftigen sozialen Stadtpolitik liegen mitunter darin, einen adäquaten Umgang mit BürgerInneninitiativen zu finden.

Der Anspruch der Fachtagung war nicht nur wissenschaftlich zu analysieren sondern auch praxisnahe Diskussionen anzuregen. Im Anschluss an den Vortragsteil fand daher eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wie wird breite Beteiligung möglich?“ statt. Hier wurde versucht, möglichst vielfältige Perspektiven miteinzubeziehen um unterschiedliche Lösungsansätze auf zu zeigen. Eingeladen wurden VertreterInnen aus der Politik, Menschen die von gelungenen Projekten berichteten, WissenschaftlerInnen und AkteurInnen der Zivilgesellschaft.

Zusammenfassend können folgende Schlussfolgerungen und Forderungen aus der Fachtagung festgehalten werden:

- Deliberative Beteiligungsverfahren sprechen eher Besserverdienenden und gut Ausgebildete an, während Arbeitslose, MigrantInnen, Menschen mit Behinderungen, einkommensschwächere und bildungsferne Gruppen meist nicht vertreten sind. Sozial Benachteiligte sind in Beteiligungsprozessen unterrepräsentiert, ihre Interessen bekommen weniger öffentliche und politische Aufmerksamkeit. Diese Schief lagen können zu zunehmender Ungleichverteilung von Ressourcen führen.
- Nicht alle Fragen und Herausforderungen der Zukunft können auf kommunaler Ebene oder im Kontext von Beteiligungsverfahren gelöst werden. Bildung und Einkommen beeinflussen wesentlich den Grad politischer Partizipation. Um Demokratie und gleiche Beteiligung zu ermöglichen müssen Vermögen, Einkommen und Bildung gerecht verteilt werden.
- Im Rahmen von Beteiligungsverfahren sind geeignete Methoden zu wählen, um auch ausgegrenzte Gruppen anzusprechen. Dazu gehört die Aufrechterhaltung und Etablierung langfristiger Programme, die im direkten Nahbereich der Menschen verankert sind und zur Stärkung der lokalen Strukturen beitragen. Fördermaßnahmen müssen auch in Außenbezirken etabliert werden. Beteiligungsprozesse müssen offen, integrativ, aufsuchend und wenn nötig mehrsprachig gestaltet sein, sie müssen Machtunterschiede ausgleichen und dürfen diese nicht verstärken.
- Gelingen diese Voraussetzungen in Beteiligungsverfahren nicht, müssen politische Korrektive geschaffen und erhalten werden (wie zum Beispiel die Arbeiterkammer), die die Interessen sozial Schwacher vertritt.

BÜRGERINNENBETEILIGUNG IN DER STADT

ZWISCHEN DEMOKRATIE UND AUSGRENZUNG?

EINLADUNG

Montag, 8. April 2013
8.30 bis 17.30 Uhr
AK Bildungszentrum
Großer Saal
Theresianumgasse 16-18
1040 Wien

ANMELDUNG

Wir eruchen um Ihre Anmeldung
bis Dienstag, 2. April 2013
per Tel: +43 1/507165 – 3047
per Mail: stadt@akwien.at

INHALT

Der Demokratie wird heute von vielen Seiten eine Krise diagnostiziert und der Ruf nach Reformen wird laut. Besonders viel verspricht man sich von Formen der Mitgestaltung die meist unter den Begriffen BürgerInnenbeteiligung und Partizipation zusammengefasst werden.

Soziale Ungleichheit wirkt negativ auf die Beteiligung an demokratischen Prozessen – besonders bei neueren Formen und Beteiligungsverfahren kristallisieren sich zunehmend ausgeschlossene Gruppen heraus. Dazu gehören sozial Schwache, MigrantInnen, Menschen mit Behinderungen und andere Personen, die von sozialem und politischem Ausschluss betroffen oder bedroht sind.

Auf der einen Seite erhofft man sich von neuen Formen der Beteiligung mehr Demokratie, auf der anderen Seite zeigt sich eine gegensätzliche Entwicklung. Jene Gruppen, die ohnehin der Gefahr ausgesetzt sind an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden, sind oft auch in neuen Beteiligungsverfahren nicht vertreten.

Die Fachtagung analysiert wissenschaftlich und praxisnah BürgerInnenbeteiligungsprozesse in Hinblick auf die Sozialstruktur der Teilnehmenden und rückt Verteilungswirkungen in den Blickpunkt. Es werden Ansätze und Lösungsstrategien aufgezeigt, die Selektionsmechanismen und gesellschaftlichen Spaltungstendenzen entgegen wirken können.

PROGRAMM

9.00 Uhr Begrüßung Renate Anderl,
Vizepräsidentin AK-Wien

9.30 Uhr Ungleiches Teilhabe an demokratischen Verfahren – Chancen und Risiken von BürgerInnenbeteiligung
Norbert Kersting, Universität Münster

10.15 Uhr Erst die Arbeit, dann die Beteiligung?
Sozial Benachteiligte und Bürgergesellschaft
Johanna Klatt, Göttinger Institut für Demokratieforschung

11.00 Uhr Kaffeepause

11.15 Uhr Beteiligung in der Stadt – Ein Überblick
Thomas Ritt, Leiter Abteilung Kommunalpolitik, AK Wien

11.30 Uhr Agenda 21 in Wien – Mitgestaltung nur für Besserverdienenden?
Hans Enrich, Prozessbegleitung Lokale Agenda 21 in Wien

12.15 Uhr Die Gebietsbetreuung Wien – Programm für schwer erreichbare Gruppen? Erfahrungen aus dem 11. Bezirk
Andrea Breittfuss, Auftragnehmerin Gebietsbetreuung 3. und 11. Bezirk

13.00 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr Wer beteiligt sich bei NGOs – Sozialstruktur am Beispiel ATTAC
Alexandra Strickner, Obfrau von ATTAC Österreich

14.45 Uhr Zwischen Macht und Ohnmacht – Bürgerinitiativen in der lokalen Demokratie
Rolf Prigge, Universität Bremen

15.30 Uhr Kaffeepause

16.00 Uhr Podiumsdiskussion: Wie wird breite Beteiligung möglich?
Jennifer Kicker, Wiener Gemeinderätin, in Vertretung für Vbgm. Maria Vassilakou

Johanna Klatt, Göttinger Institut für Demokratieforschung
Margarete Meixner, Leiterin SOG. THEATER und des Projektes „Frauen Arbeit“

Gernot Mittersteiner, Architekt.
Mitinitiator des Projektes „Viele sind schlauer als wir“
Alexandra Strickner, Obfrau ATTAC Österreich

Josef Taucher, Wissenschaftlicher Projektmanager im Bereich nachhaltige Entwicklung und BürgerInnenbeteiligung
Ende der Veranstaltung

Moderation: Hermine Steinbach-Buchinger, Agentur Steinbach

REFERENTINNEN

Dr^a Andrea Breittfuss
Inhaberin von kon-text Schwerpunkte: Stadtteilmanagement, Partizipation, Wohnen

Dr Hans Enrich, MSc
Geschäftsführer Enrich Consulting
Schwerpunkte: Regional- und Stadtplanung, BürgerInnenbeteiligung, Lokale Agenda 21

Prof Dr Norbert Kersting
Universität Münster, Lehrstuhl für Kommunal- und Regionalpolitik-Schwerpunkte: Vergleichende Politikwissenschaft, Kommunalpolitik, Demokratietheorie, politische Beteiligung

MA Johanna Klatt
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung
Schwerpunkte: Partizipation, Zivil- und Bürgergesellschaft (insb. sozial Benachteiligte)

Rolf Prigge
Universität Bremen – Institut Arbeit und Wirtschaft, Forschungseinheit „Stadt und Region“
Schwerpunkte: Kommunale Entwicklung, Bürgerschaftliches Engagement, soziale Stadtpolitik

Mag Thomas Ritt
Leiter der Abteilung Kommunalpolitik, AK Wien

Mag^a Alexandra Strickner
Obfrau von ATTAC Österreich, Koordinatorin der Allianz „Wege aus der Krise“
Schwerpunkte: Zivilgesellschaftliches Budget, politische Bildung, ökonomische Alphabetisierung



wien.arbeiterkammer.at

Herausgeber und Medieninhaber:
AK Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-
Straße 20-22, 1st. +43 1 5071650

Offenlegung gem. §25 MedienG:
siehe wien.arbeiterkammer.at
impressionen